

Vossische Zeitung



Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Begründet 1704

Verlag Ullstein, Fernsprech-Zentrale Ullstein: Dönhofs (A 7) 3600-3665. Fernschreiber: Dönhofs 3606-3608. Telegramme: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheck-Konto: Berlin 660. Monatlich 3.90 M (einschl. 70 Pf. Zustellkosten oder 1.24 M Postgebühren), bei Postbestellung außerdem 72 Pf. Bestellgeld

Berlin

Verantwortlich für den Gesamthalt (außer dem Handelsteil) Dr. Carl Misch, Berlin. Anzeigen-Preis: num-Zeile 32 Pfennig. Familien-Anzeigen: num-Zeile 20 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

10 Pf. ^[Anwärter] _[15 Pf.] Nr. 279

SONNABEND, 11. JUNI 1932

MORGEN-AUSGABE

300 Millionen Schilling Anleihe

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

GENF, 10. JUNI

Wenn man den päpstlichen Anstiften über die österreichische Sanierungsaktion glauben darf, die über die geheime Nachmitteilung des gemäßigten Finanzministers erhältlich sind, so ist das Komitee zu einer grundsätzlichen Einigung im Sinne eines Fortschritts von 900 Millionen Schilling gelangt. Der neue Leiter der Preisbestimmung der Reichsregierung, Ministerpräsident von Kaufmann, wird nur für kurze Zeit nach Genf gehen. Der dortigen Informationsdienst wird der Vortragende Legationsrat Kagenberg leiten, dem bei dem Regierungsrat das Informationsreferat abgenommen wurde, um ihn auf eine längere Auslandsreise zum Studium des Kreditgeschäftes zu senden.

Neurath wieder im Amt

Reichsminister Freiberger von Neurath ist aus London zurückgekehrt und hat seine Amtsgeschäfte wieder übernommen. Der neue Leiter der Preisbestimmung der Reichsregierung, Ministerpräsident von Kaufmann, wird nur für kurze Zeit nach Genf gehen. Der dortigen Informationsdienst wird der Vortragende Legationsrat Kagenberg leiten, dem bei dem Regierungsrat das Informationsreferat abgenommen wurde, um ihn auf eine längere Auslandsreise zum Studium des Kreditgeschäftes zu senden.

Landtag am 15. Juni

Aber keine Wahl des Ministerpräsidenten

Der Vorschlag des Landtags hat gestern beschlossen, das Verfassungsamt auf den 15. Juni einzuberufen. Auf die Tagesordnung sollen gestellt werden die Anträge auf Aufhebung der jüngsten preussischen Verfassungsänderung und das Verfassungsamt, welches die Verfassungsänderung der Verfassung der Deutschen Nation, am kommenden Mittwoch auf die Wahl des Ministerpräsidenten vorzunehmen, wurde abgelehnt.

Die Einberufung des Verfassungsamtes ist veranlaßt worden durch den bekannten Brief des Kanzlers an den Landtagspräsidenten, in dem auf die Notwendigkeit einer raschen Kabinettsneubildung hingewiesen wurde. Trotzdem haben gestern die Nationalsozialisten gegen den verfassungsmäßigen Antrag gestimmt, die Wahl des Ministerpräsidenten auf die Tagesordnung der Mittwoch-Sitzung zu setzen. Die Erklärung findet man wohl in der Befürchtung, die gestern nachmittag zwischen dem Reichskanzler und dem nationalsozialistischen Vize Göring stattgefunden hat. Ihr Ergebnis ist, daß nunmehr die Nationalsozialisten offiziell an die anderen Parteien, die Verfassungsnationalen und das Zentrum herantreten werden, um mit ihnen über die Wahl des Ministerpräsidenten zu verhandeln. Das Zentrum wird sich wieder Einbindung zu Verhandlungen langweilen. Wahrscheinlich aber ist, daß die Verhandlungen vor dem Freitagsschluß zu einem Ergebnis führen werden. Der Landtag wird in der nächsten Woche nur zwei Tage beisammen bleiben und sich am 22. Juni wieder verabschieden. Möglich, aber nicht gewiß ist, daß man dann den Versuch einer Ministerpräsidenten-Wahl machen wird. Mehr als die Feststellung, daß keine der Kandidaturen die erforderliche absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen erreicht hat, ist nicht zu erwarten.

Stein an Hirtfelder

Landtagspräsident Kertl hat an den stellvertretenden Ministerpräsidenten Dr. Hirtfelder ein langes Schreiben gerichtet, in dem er sein Bedauern ausdrückt über die Verwarnung, die von der preussischen Regierung dagegen eingeleitet wurde, daß der Reichskanzler sich direkt an den Landtagspräsidenten gewandt hat.

Die Frage der Neubildung der Regierung ist ein Amt der Legislative, deren einziger berufener Vertreter zur Zeit ich bin. Ich habe daher dem Reichskanzler von dieser meiner Auf-

Kapitalismus oder Feudalismus?

Von M. J. BONN / Professor an der Handelshochschule Berlin

Professor Bonn beschließt mit nachfolgenden seine umfassende Studie über das Schicksal des Ausgabens der „Vossischen Zeitung“ vom 8., 22., 28. Mai und 3. Juni zum Abdruck kam.

Ausführungen über die notwendige Umstellung des deutschen Kapitalismus, die in den Morgen-

Ist das kapitalistische System in Deutschland überhaupt noch aufrechtzuerhalten? Seine Mängel sind seit langem sichtbar geworden. Sie bestehen aber weniger in der Unterbreitung seiner Grundzüge als in ihrer mangelhaften Anwendung. Die Eigenart des sogenannten Hochkapitalismus in Deutschland liegt vor allem in dem starken, dem Wesen des Kapitalismus widersprechenden Einfluß feudaler, kirchlicher und militaristischer Elemente, mit denen er durchsetzt ist.

Sein Fortbestand wird in erster Linie von den Kapitalisten abhängen, von den Unternehmern in Landwirtschaft und Industrie. Wenn diese die nächstliegenden Aufgaben des Kapitalismus nicht erfüllen können, nämlich die Gesellschaft in immer steigendem Maße mit Gütern zu verhältnismäßig sinkenden Preisen und Kosten zu versorgen, wird das bisher nicht der Fall sein. Eine kommunistische Wirtschaftsordnung kann im Interesse der Gleichheit auf reichliche Versorgung verzichten und sich einem egalitären Ideal zuwenden, wenn sie die ererbte Produktionsleistung nicht zu erreichen vermag. Eine kapitalistische Ordnung muß dagegen eine Gütermasse erzeugen, von der selbst die unglücklich Gestellten immer

nach einem größeren absoluten Betrag erhalten als der Durchschnittsquote des erfolgreichen Kommunismus entspricht. Es genügt dabei nicht, Waren in die Welt zu bringen; diese Waren müssen auch ohne Zufußhilfe der Defensivkräfte abgesetzt werden können. Das Ideal der fundierten Wirtschaft, das nur auf die Produktion steht und den Konsumenten beinahe als unerreichten Güter betrachtet, muß aufgegeben werden. Es ist in den Industrien ausgebildet worden, die sich den zufälligen Absatz für überpannte Produktionsanlagen durch Einsatzauflage, wie Stillungsgeld oder Eisenbahnkarten, zu verschaffen vermögen. Der Konsum, nicht die Produktion, muß wieder das Ziel der Wirtschaft werden, da moderne Technik heute etwa nötig werdende Ausdehnung der Produktion ohne weiteres ermöglicht. Nur so wie in Aufschwung die Notwendigkeit besteht, ein zurückgebliebenes Agrarland aus politischen Gründen möglichst schnell mit Produktionsanlagen zu versehen, ist die Bevorzugung der Produktionsmittelindustrie begründet.

Die kapitalistischen Unternehmer müssen hohe Löhne zahlen und darüber hinaus soziale Lasten tragen können, die die moderne Arbeiterschaft mit Recht verlangt, insbesondere auch Arbeitslosenfürsorge. Wenn man dem Unternehmer das Recht abnimmt, sein Arbeitslohn selbst durch Rationalisierung zu erzeugen, so muß er auch für die entfallenden Kosten aufkommen, soweit nicht der Stufen der Gesamtheit in fallenden Preisen zuzuführt, die dafür zur Tragung der Lasten herangezogen wird. Die bloße Ausweitung eines bestimmten Produktionsapparates, der seinen höheren Absatz zu erwarten hat und nur dann billig produziert, wenn er voll beschäftigt ist, hat keinen Sinn. Die Erstellung zu benötigten Verbrauchsgütern, Industrien durch diesen Ausweitungsgang oder die auf ihn begründete Forderung einer erhöhten Quote bei Kartellverhandlungen ist Feudal-Nationalisierung.

Der Kapitalismus ist nicht lebensfähig, wenn er nicht noch richtig rechnen kann, sondern dabei beharrt, Anlagen nach dem Reichtum hat nach ihren Erträgen zu bemessen. Er muß sich von allen auf reiner Selbstverwirklichung beruhenden Überanstrengungen freimachen, und nicht in der bloßen Größe die Rentabilität, sondern in der Rentabilität die Größe des Unternehmens messen. Er wird zu Unternehmenseinheiten von vernünftigen Ausmaß zurückföhren müssen, deren Leistung ein durchschnittlich begabter Mensch und Unternehmer zu bewältigen vermag. Es hat sich gezeigt, daß überdimensionierte Unternehmenseinheiten die richtige Beurteilung der Wirtschaftslage erschweren kann erleichtern. Die eigentlichen Kriterien der Welt ist fast überall die Industriezweige gemessen, in denen die Mannnunternehmen überwiegen, nicht die Gebiete, wo eine „anarchische“ Produktion vorkommt. Die großen wirtschaftlichen Maßgebende haben nicht nur in der Erkenntnis der Zukunft, verlagert, sondern haben auch werden können. Einmal mehr, um die harte Preisfreiheit die Anpassung an die veränderten Bedingungen zu verhindern. Nur Überbemessungen können solche Unternehmungen erfolgreich leiten, und die Erfahrung hat ausgiebig bewiesen, daß die Überbemessungen der Konjunkturfahrt in der Depression noch schneller schrumpfen als die Werte ihrer Unternehmungen. In der Konjunkturfahrt kann jeder Überbemessung spielen; die Kräfte, die Konjunkturfahrt, setzt die wirtlichen Fähigkeiten.

Der Kapitalismus muß sich vor allem auch klar machen sein, daß ein reiner Produzentenkapitalismus untragbar ist. Welchen Zweck hat es, Menschen zur Erhöhung ihrer Einkommen anzuapornen und durch Misshandlung im Verdacht zur Kapitalbildung anzunehmen, wenn alle noch etwas haben durch eine Inflation, eine Kreditvermehrung, eine künstliche Preissteigerung, eine Devaluation oder ein sonstiges Geldmangel in den Sparen um die Früchte seines Spargens bringen will? Ein prinzipiell kapitalistisches System, das die Rentner braucht, je aber immer wieder enteignet, das jede Preissteigerung als gutes Recht des Unternehmers betrachtet, den Preisfall aber durch Gebührende aufzuhalten will, damit die Unternehmer nicht entmündigt werden, ist völlig sinnlos. Die Kapitalbildung und die Bewegung zu neuen Produkt-

fassung Mitteilung gegeben und ich geben, mit mir direkt weiter zu verhandeln, da ich jede Vermittlung durch die gefühllosere Regierung um so mehr ablehne, als große die Parteien, die die Mitglieder der gefühlloseren Regierung stellen, die Befehlsmenge der Regierungsbildung durch die erneute Befähigung der Geschäftsträgeränderung verbindet haben.

Es ist viel betritten worden, daß die Frage der Regierungsneubildung ein Amt der Legislative ist. Das hat aber nichts mit der anderen Frage zu tun, ob der Reichskanzler sich über den Kopf einer Sonderregierung hinweg mit dem Präsidenten eines Reichsparlamentes in Verbindung stellt. Selbstverständlich würden die Nationalsozialisten genau das Gegenteil davon behaupten, was Präsident Kertl in seinem Brief ausführt, wenn es ihnen parteipolitisch besser passen würde.

Brauns Adresse

Am Schluß seines Briefes erlaubt der Landtagspräsident, dem Aufenthalt des gefühlloseren Ministerpräsidenten mitteilen zu wollen, da er „als der einzige legitime Vertreter des Dreierauschusses diesen einbringen beabsichtigt.“ Wo Brauns seinen Urlaub verbringt, ist sicherlich kein Geheimnis, wenn auch seine Privatangelegenheiten

Aber das ist für die Übermaßung des Dreier-Ausschusses ohne belang; wenn der Ministerpräsident auf Urlaub ist, dann werden seine Funktionen vom Stellvertreter ausgeübt, und die Einbindung hätte an Staatsminister Dr. Dietrich zu ergeben. Aber Präsident Kertl wert, wenn er sich als ein einziger legitimer Vertreter des Dreier-Ausschusses an den Präsidenten des Landtags und des Staatsrats angeschlossen, der das Recht hat, mit Mehrheit, also mit 2 Stimmen gegen eine, die Aufhebung des Landtags zu beschließen. Wobei ich nicht im Zweifel gegen werden, daß der Ministerpräsident, in dessen Verbindung sich Stellvertreter den Wunsch einbringen hat. Der Landtagspräsident hat sein größeres Recht als der des Staatsrats. Praktisch hat die Anknüpfung des Präsidenten Recht keine Bedeutung. Denn da der Präsident des Staatsrats der Kölner Oberbürgermeister Dr. A. Braun, ein Zentrumsmann, ist, würde Kertl mit einem Antrag auf Landtagsauflösung allein bleiben. Es ist sogar zu bezweifeln, ob die Nationalsozialisten sich nicht wünschen würden, mit einem solchen Antrage durchzubringen.